



WISSENSCHAFT
Tigermücke breitet sich weiter aus
Leben und Wissen



PFLANZENSCHUTZ
OBSTBAUERN SORGEN SICH UM IHRE ZUKUNFT
Wirtschaft, Seite 7



LITERATUR
Clemens J. Setz erhält den Büchner-Preis
Kultur

KONSTANZ

MITTWOCH, 21. JULI 2021
NR. 165 | 77. JAHR | K
PREIS 2,40 EURO
www.suedkurier.de

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

KONSTANZ

Gericht sieht keine Schuldfähigkeit

Einer 76-Jährigen, die sich vor dem Landgericht wegen ihres aggressiven Verhaltens verantworten musste, wurde Schuldunfähigkeit attestiert. Sie hatte in den vergangenen Jahren mehrere Personen in der Region Konstanz beleidigt und bedroht, darunter auch eine Mitarbeiterin des Landrats Zeno Daner. Eine Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik lehnte das Gericht ab, die begangenen Straftaten seien hierfür nicht erheblich genug. (maj/nf)

ENGEN

Messerstecherei im Stadtpark

Ein 23-Jähriger ist bei einer Auseinandersetzung im Engener Stadtpark am Montagmittag schwer verletzt worden. Dies gab die Polizei bekannt, nachdem am Montag öffentlich geworden war, dass es einen Polizei- und Rettungsdienstinsatz gab. Laut den Ermittlern geriet der 23-Jährige zunächst mit einem 20-Jährigen in Streit. Eine 24-jährige Frau sei dazugekommen und habe dem Opfer mehrere Stichverletzungen im Rückenbereich beigebracht. (eph)

RADOLFZELL

Es mangelt an Betreuungsplätzen

Die Eltern von kleinen Kindern im Radolfzeller Ortsteil Güttingen sind frustriert und wünschen sich mehr Platz und mehr Betreuungsplätze in der Kindertagesstätte des Radolfzeller Ortsteils. Eigentlich wurde schon 2019 ein Anbau beschlossen, doch 2020 rutschte die Maßnahme im Bedarfsplan nach hinten. Abhilfe schaffen sollen zwei geplante neue Kindertagesstätten, doch wann diese kommen, steht derzeit noch in den Sternen. (lam)

STOCKACH

Großauftrag für Rheinmetall

Die Bundeswehr hat dem Stockacher Fertigungszentrum des Rüstungskonzerns Rheinmetall den größten Auftrag übertragen, den es dort in diesem Produktsegment je gab. Geliefert werden sollen Laser-Licht-Module, die auf Waffen montiert werden. Der Rahmenvertrag umfasst eine Menge von bis zu 130.000 Modulen, das Auftragspotenzial liegt bei bis zu 178 Millionen Euro. Wie viele Module schlussendlich abgerufen werden, ist noch unklar. (lam)

BODENSEE-WETTER



www.suedkurier.de/wetter Seite 10
Bilder: fotomarekka, Mariusz Blach - stock.adobe.com, dpa
Preis: 2,40 Euro | 3,50 sFr.



Gesundheits- und Sozialminister: Manfred Lucha, Grüne.



Die neue Kultusministerin: Theresa Schopper, Grüne.



Seit 2011 Ministerpräsident: Winfried Kretschmann, Grüne, Chef der grün-schwarzen Landesregierung Baden-Württemberg.



Der Koalitionspartner: Thomas Strobl (CDU), Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident. ALLE BILDER: DPA



Für die Finanzen zuständig: Danyal Bayaz, Grüne.



Seit 2011 Verkehrsminister: Winfried Hermann, Grüne.

KOMMENTAR

Das Unbequeme endlich angehen

VON STEFAN LUTZ

Es ist ein Leichtes, über die Trägheit der öffentlichen Hand zu schimpfen, über verkrustete Strukturen und überholte Arbeitsprozesse. Wer es tut, kann sich billigen Applaus abholen, zieht aber den Zorn von fast 600 000 Menschen in Baden-Württemberg auf sich, die im öffentlichen Dienst tätig sind. Darum geht es hier nicht.

Kritik darf aber sein, denn die Corona-Krise hat zu viele Defizite in den Strukturen von Verwaltungen und Behörden aufgedeckt. Und dabei geht es weniger um das überstrapazierte Beispiel des Fax-Gerätes in Gesundheitsämtern, mit dem angeblich Inzidenzwerte übermittelt werden müssen, als vielmehr um Arbeitsabläufe, Effizienzen und die Haltung, Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger sein zu wollen. Ob im Gesundheitswesen, in Bauämtern, in Schulbehörden – überall beklagen sich die Menschen, übrigens vor allem die Mitarbeiter selbst. Sie erleben die Defizite in ihrem Arbeitsumfeld, die mangelnde Digitalisierung jeden Tag. Der Bürger spürt es nur dann, wenn er die Verwaltung braucht.

Die Zweifel an der Effizienz und Leistungsfähigkeit in Teilen der Verwaltung sind in der Politik angekommen, nahezu alle Parteien haben sich die Modernisierung ins Programm geschrieben. Auch im vorliegenden Koalitionsvertrag sind dem Thema knapp drei Seiten gewidmet – allerdings mehr formuliert als „Man müsste, man könnte, man sollte mal“ als im „Wir machen konkret“.

Mehr als jeder vierte Bürger in Baden-Württemberg hält es für eine wichtige Aufgabe der Politik, für eine effiziente Verwaltung zu sorgen. Das wird deshalb so eindeutig adressiert, weil die Kraft der Behörden selbst zur Modernisierung nicht ausreicht und durch die Komplexität des Systems nahezu unmöglich gemacht ist. Wo anfangen, wo aufhören? Wer hat welche Entscheidungskompetenz, wer nicht? Muss für jede neue Aufgabe wirklich Personal eingestellt werden, obwohl die Kassen leer sind, oder können Aufgaben umorganisiert werden?

Es bräuchte deshalb einen kraftvollen Aufschlag für ein Reformkonzept der Landesregierung. Doch genau diese Kraft trauen die Menschen im Land dem Kabinett Kretschmann nicht zu oder zweifeln daran – zusammen 71 Prozent. Das ist bitter.

stefan.lutz@suedkurier.de

Bürger zweifeln an der Kraft zur Modernisierung

- Was die Bürger von der neuen Landesregierung halten
- Wenig Hoffnung auf eine effizientere Verwaltung
- Erste Bilanz zur grün-schwarzen Koalition nach der Wahl



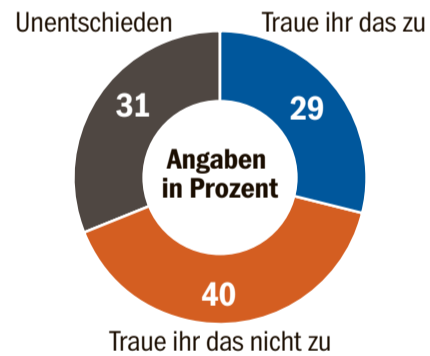
Konstanz (sk) Seit gut drei Monaten ist die neue grün-schwarze Landesregierung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) im Amt. Im Wahlkampf war die Effizienz der Verwaltung ein zentrales Thema, auch im Koalitionsvertrag ist das Thema moderne Verwaltung prominent vertreten. Allerdings ist die Mehrheit der Bevölkerung in Baden-Württemberg skeptisch, ob es der Koalition tatsächlich gelingt, die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung voranzubringen. Lediglich 29 Prozent

trauen dies der neuen Landesregierung zu, 40 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Das ergab der „BaWü-Check“, eine Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach regelmäßig durchgeführt wird. Die aktuelle Untersuchung zieht erstmals eine Bilanz, wie die Bürger die neue Landesregierung bewerten, wie die neuen Minister ankommen und welche landespolitischen Aufgaben als dringlich angesehen werden.

Seite 1: Kommentar von Stefan Lutz
Seiten 2 und 3: Wie sieht die Bevölkerung die neue Landesregierung? Die Ergebnisse der Studie im Detail

Viel Skepsis in Bezug auf die Modernisierung der Verwaltung

Frage: Trauen Sie der neuen grün-schwarzen Regierung zu, dass sie die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung ausreichend vorantreibt oder trauen Sie ihr das nicht zu?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
QUELLE/GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK



Die neue Umweltministerin: Thekla Walker, Grüne.



Wissenschaftsministerin: Theresia Bauer, Grüne.



Für Landwirtschaft zuständig: Peter Hauk, CDU.



Nicole Hoffmeister-Kraut, CDU, ist Wirtschaftsministerin.



Wohnen und Landesentwicklung: Nicole Razavi, CDU.



Als Justizministerin neu im Amt: Marion Gentges, CDU.

Schnelle Hilfe für Hochwasseropfer

Bad Münstereifel (AFP) Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat den Betroffenen der Hochwasserkatastrophe schnelle Unterstützung zugesichert. Das Bundeskabinett werde heute ein Programm beschließen, um „unbürokratisch Soforthilfe“ zu leisten, sagte sie bei einem Besuch in Bad Münstereifel. Auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) versprach den Betroffenen zügige Finanzhilfen. Merkel und Laschet besuchten gestern gemeinsam die vom Hochwasser verwüstete Fachwerkstadt Bad Münstereifel.

Seite 4: Baden-Württemberg sieht sich gut gerüstet für möglichen Katastrophenfall

Polen und Ungarn droht Kürzung

Brüssel (dpa) Länder wie Ungarn und Polen müssen nach der Veröffentlichung eines neuen Prüfberichts der Europäischen Kommission Verfahren zur Kürzung von EU-Geldern befürchten. In der Untersuchung zur Einhaltung rechtsstaatlicher Standards werden den beiden Staaten Defizite bei der Unabhängigkeit der Justiz und bei der Korruptionsbekämpfung attestiert. Relevant sind die Befunde, weil Staaten seit diesem Jahr bei bestimmten Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit EU-Gelder gekürzt werden können, wenn ein Missbrauch von Geldern aus dem Gemeinschaftshaushalt droht.

Seite 5: Was die EU im Einzelnen moniert

Tatverdächtiger jetzt in Psychiatrie

Würzburg/München (epd) Nach dem tödlichen Messerangriff von Würzburg ist der tatverdächtige 24-jährige Somalier aus der Untersuchungshaft in eine psychiatrische Klinik verlegt worden. Die Ermittler gehen davon aus, dass der Mann zum Zeitpunkt der Tat schuldunfähig oder vermindert schuldfähig war. Der 24-Jährige hatte Ende Juni in Würzburg drei Frauen erstochen und sieben weitere Menschen verletzt. Das Motiv der Tat ist weiter unklar. Die Ermittler vermuten eine psychische Störung bei dem Beschuldigten, aber auch ein islamistisches Motiv steht im Raum.

Weltspiegel: So ist der Stand der Ermittlungen zur Messerstecherei in Würzburg

UNTEN RECHTS

Hochstapler auf Spanisch

Ein junger Spanier ist in Madrid zu drei Jahren Haft verurteilt worden, weil er sich als Gesandter von König Felipe VI. ausgegeben hat. Der 27-Jährige hatte 2014 behauptet, er sei der Verbindungsmann zwischen Königshaus und spanischer Regierung. So erschlich er sich ein Mittagessen mit einem wichtigen Unternehmer. Es ist bereits seine zweite Haftstrafe. Der Fall weckt Erinnerungen an den „Hauptmann von Köpenick“: Ein mutmaßlicher Serien-Hochstapler und Möchtegern-Spion, der bekannte Menschen hereingelegt hat. (dpa)